



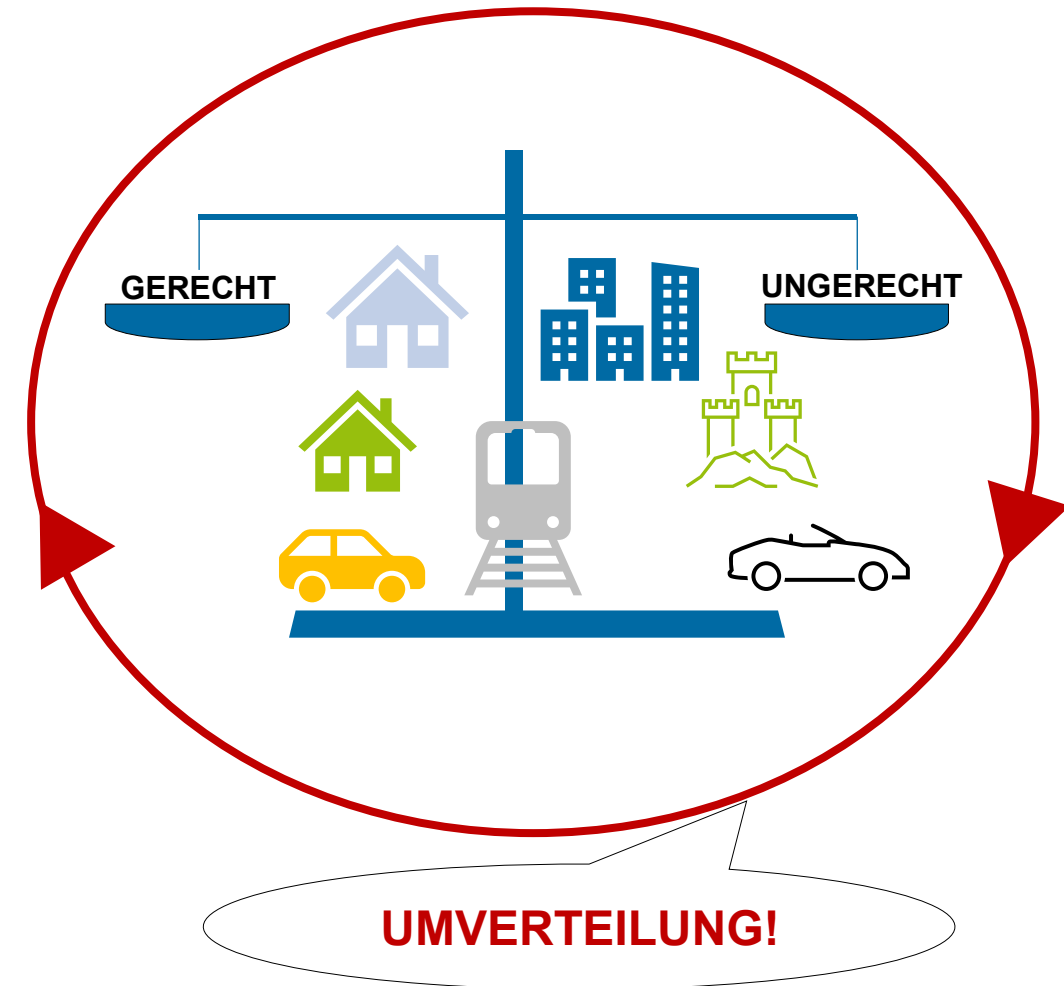
Vulnerabilität im klimapolitischen Kontext: Wie Klimaschutz Energie- und Mobilitätsarmut mindern kann

FIS-Forum 2023 | Dr. Katja Schumacher | Öko-Institut | Berlin, den 21.09.2023

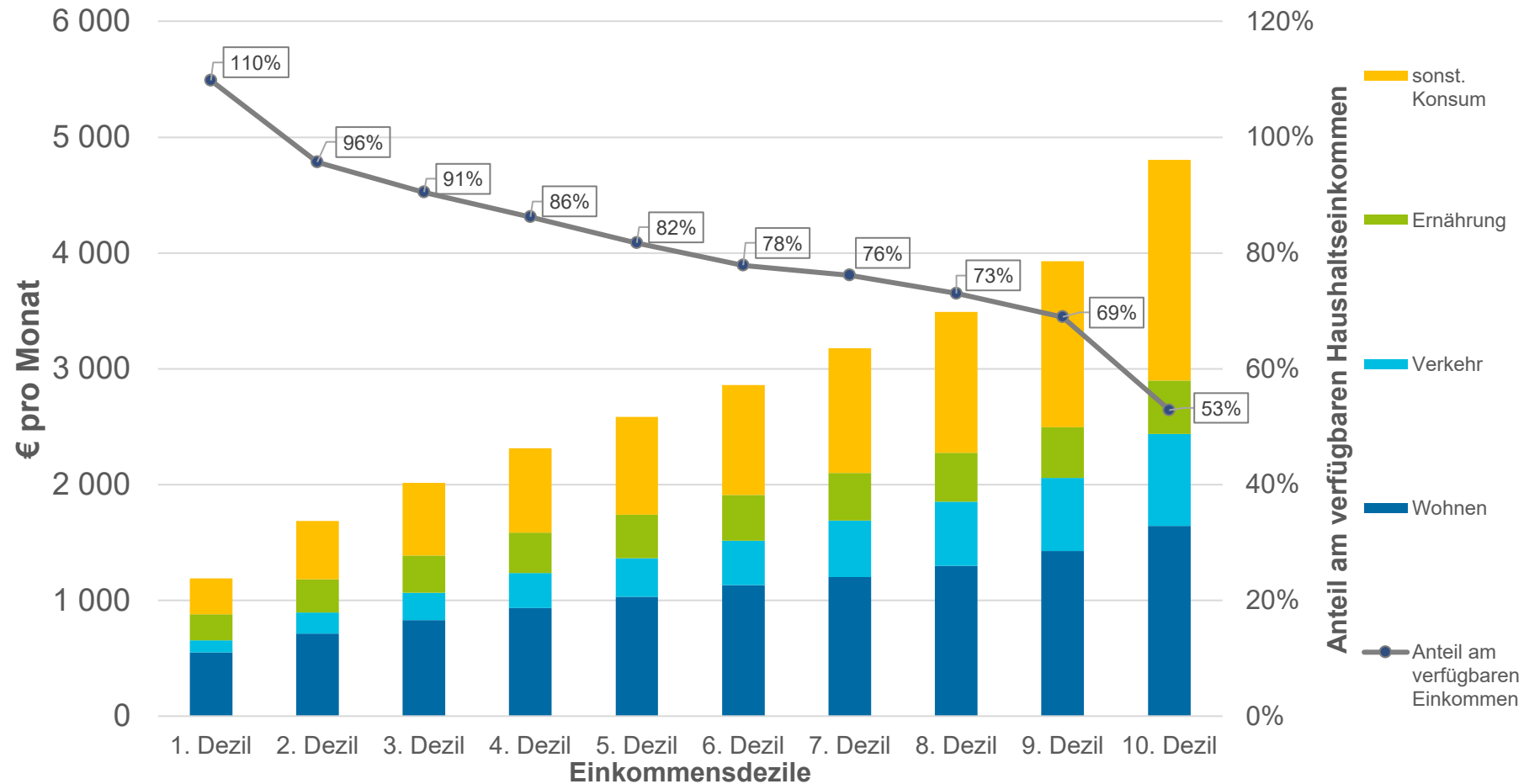
Sozialverträgliche Gestaltung von Klimaschutz und Energiewende

Klimaziele erreichen, Energiewende
voranbringen und dabei ...

- ❖ alle Menschen und Wirtschaftsbereiche einbeziehen
- ❖ besonders belastete Haushalte / Branchen unterstützen
- ❖ (Energie)Armut verhindern
- Transformation aktiv gestalten



Private Konsumausgaben – u.a. Wohnkosten

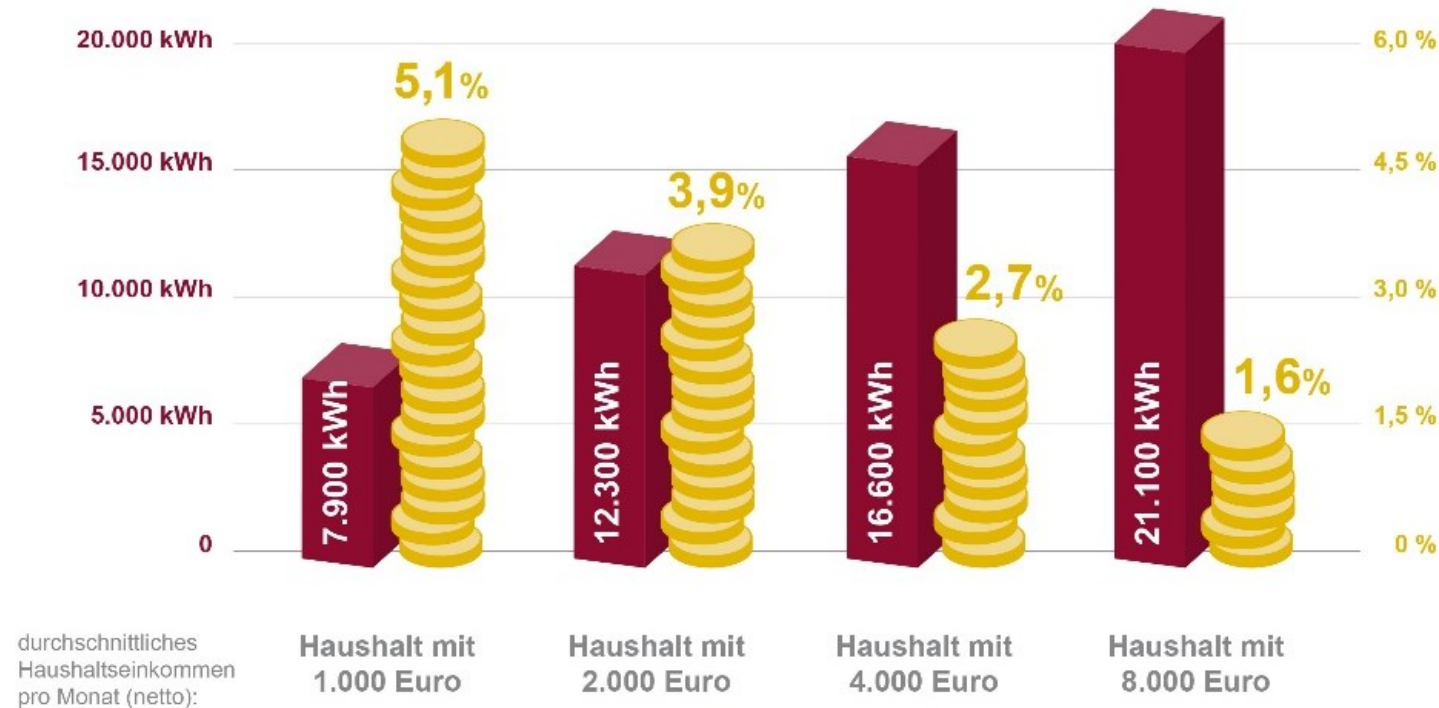


- Je geringer das Einkommen, desto mehr muss für Dinge des täglichen Bedarfs aufgebracht werden.
- Großer Anteil der Ausgaben für Wohnen

Ausgaben für Wärme

Heizenergieverbrauch in Kilowattstunden pro Jahr

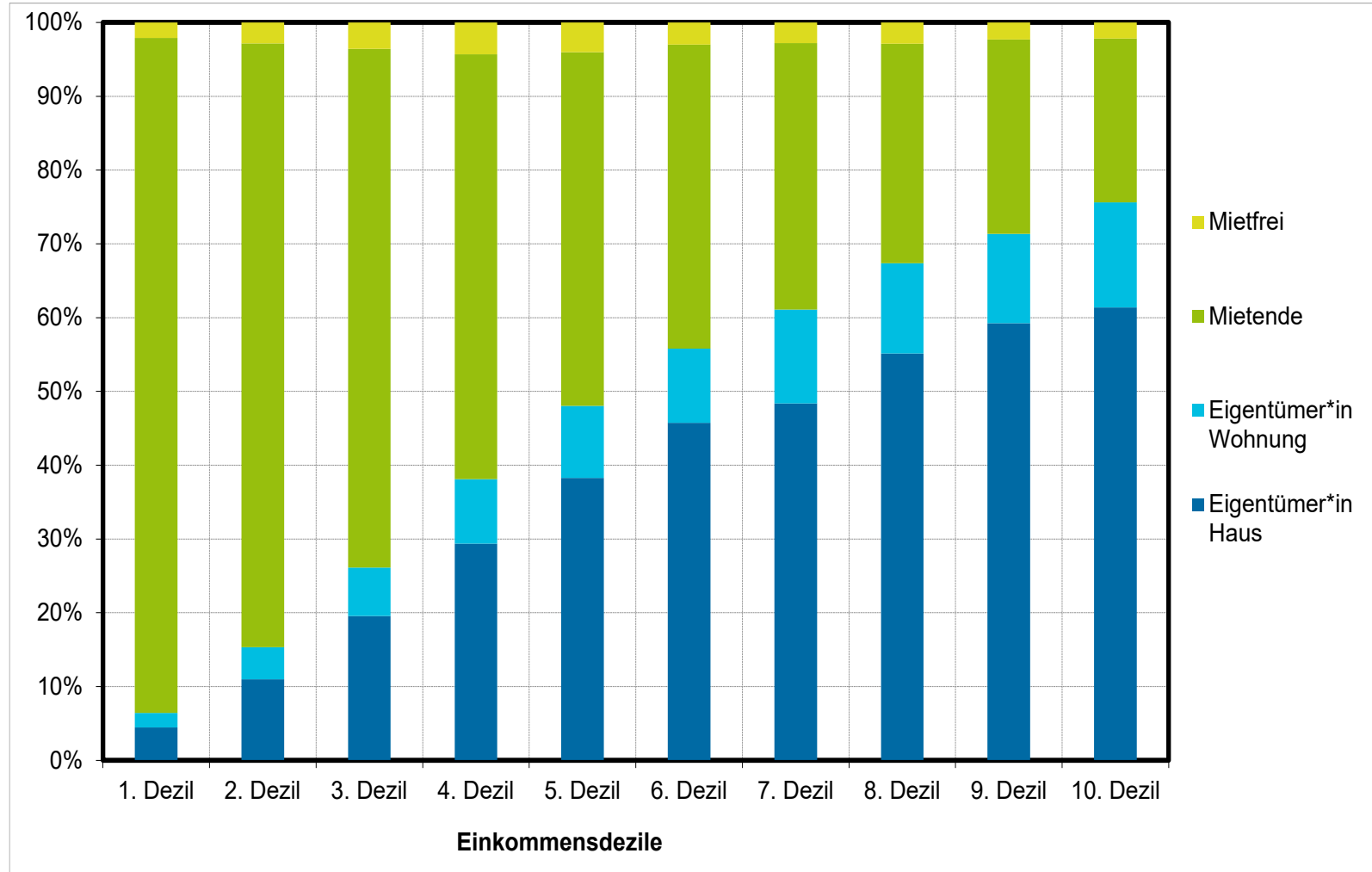
Ausgaben für Heizenergie (Heizen + Warmwasser) gemessen am verfügbaren Einkommen



QUELLE: EINKOMMENS- UND VERBRAUCHSSTICHPROBE 2013, BERECHNUNGEN UND DARSTELLUNG ÖKO-INSTITUT 2020, CC BY-SA 2.0

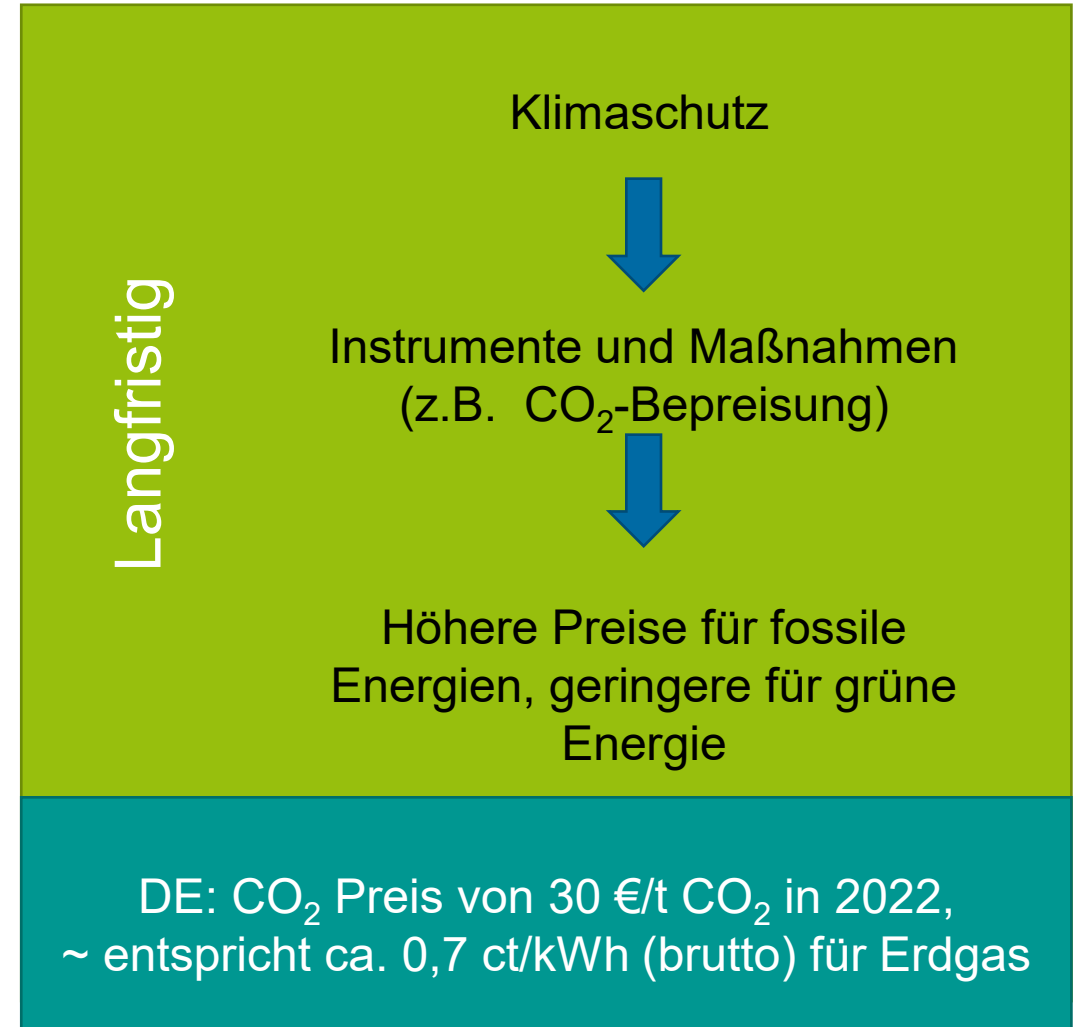
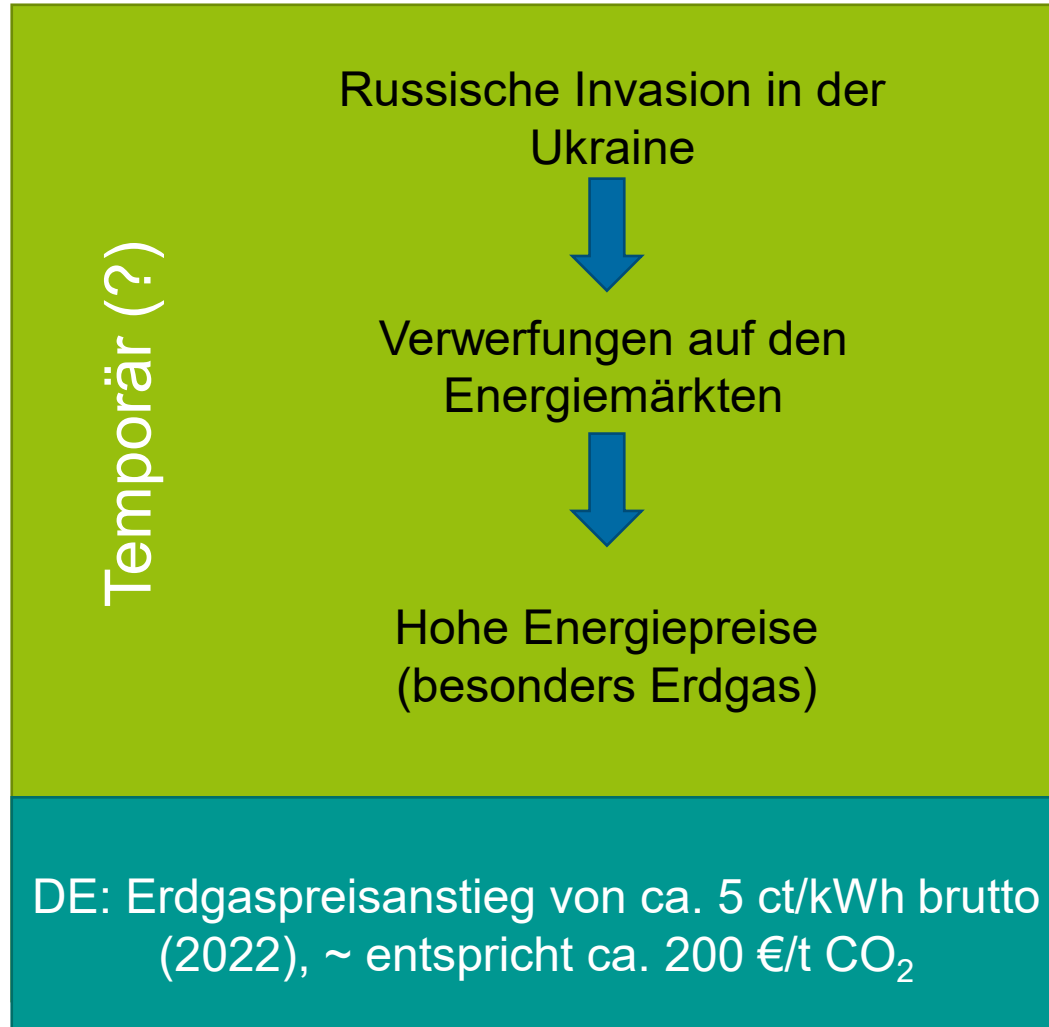
- Der Wärmeenergieverbrauch steigt mit dem Einkommen stark an
- Die Belastung durch die Wärmekosten sinkt allerdings stark ab.
- Im Jahr 2022 mit hohen Energiepreisen stieg die Belastung auf bis zu 8% für HH mit wenig Einkommen

Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland



- Mietquote 53% (ca. 21 Mio. Haushalte)
- Die Hälfte der Mieterhaushalte sind im untersten Einkommensdrittel
- 3,1 Mio. Mietende müssen mehr als 40% ihres Einkommens für Wohnkosten aufbringen -> vor allem im unteren Einkommensdrittel
- Im Jahr 2022 mit hohen Energiepreisen noch mehr

Warum steigen Energiepreise?



CO₂-Bepreisung

- **Seit 2021 in Deutschland: Nationaler Brennstoffemissionshandel** für die Bereiche Wärme und Verkehr.
 - Festpreis bis 2026, derzeit 30 Euro/t CO₂, ab 2026 Preiskorridor, danach 2027 freier Handel mit Versteigerung
 - Verwendung der Einnahmen über den Klima- und Transformationsfonds, Diskussion ums Klimageld
- **ETS-2**: EU-weites CO₂-Bepreisungssystem von Brennstoffverbräuchen im Gebäude- und Straßenverkehrssektor sowie in zusätzlichen Sektoren (kleine Industrie, die nicht dem bestehenden EU ETS unterliegt)
 - Start im Jahr 2027, ggf. 2028, Versteigerung der Zertifikate
 - Verwendung der Einnahmen für Klimasozialfonds und für klima- und/oder sozialrelevante Ausgabenzwecke im Bereich Gebäude oder Straßenverkehr etc.

Der Klimasozialfonds

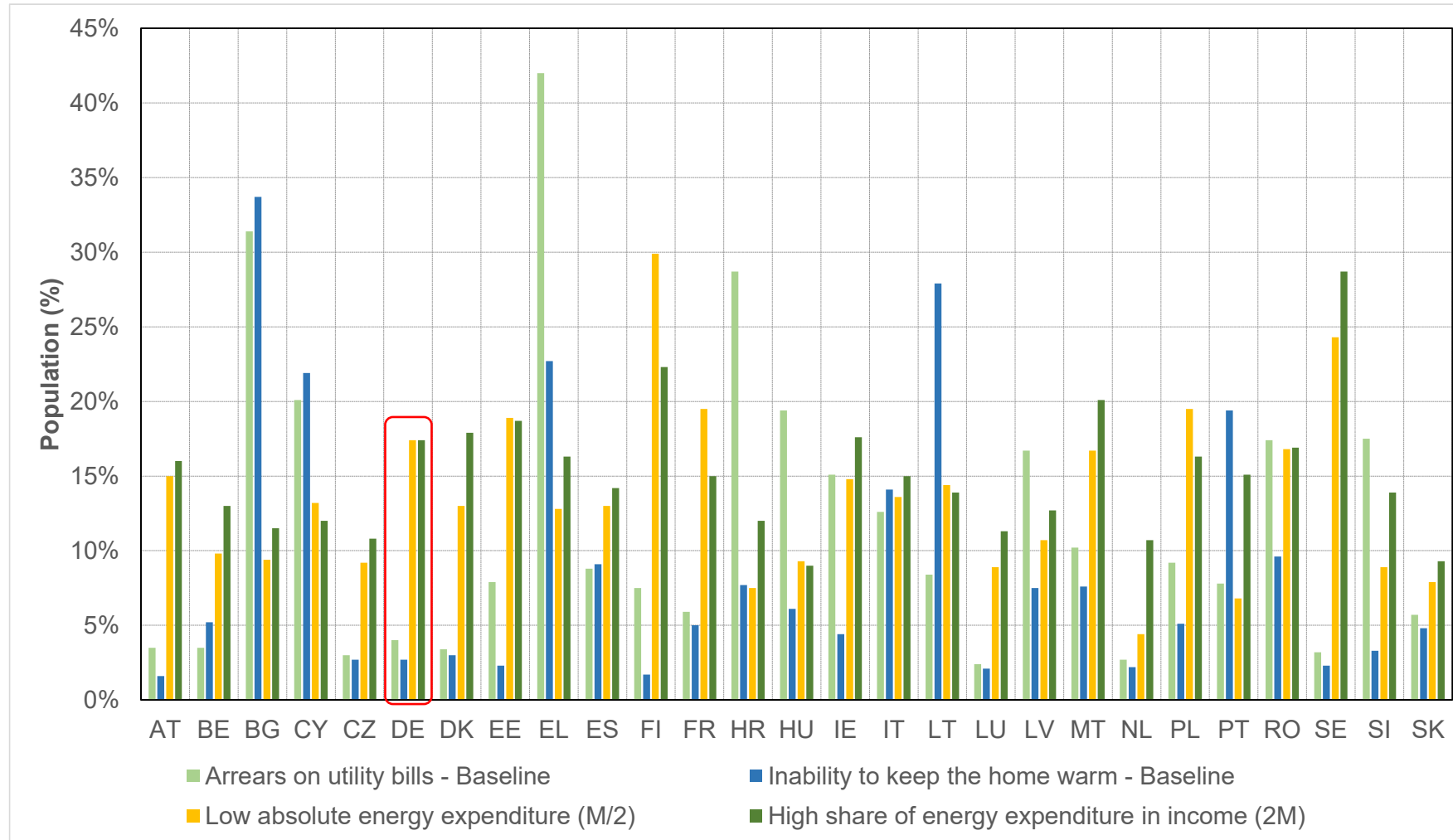
- **Klimasozialfonds** soll die Auswirkungen des ETS-2 auf besonders betroffene Haushalte und Kleinunternehmen abfedern (Verordnung 2023/955 vom 10. Mai 2023). Start in 2026.
- Erwartetes **Gesamtvolumen im Klimasozialfonds EUR 86,7 Mrd.** für den Zeitraum 2026-2032 (ETS-Einnahmen EUR 65 Mrd., sowie 25%-Kofinanzierung durch MS).
 - Budget für Deutschland: 7,1 Mrd. Euro (5,3 Mrd. Euro + Kofinanzierung) für 2026-2032
- **Höchstens 37,5%** dürfen für direkte Einkommensunterstützung verwendet werden. Der Fokus liegt auf finanzielle Unterstützung von klimafreundlichen Maßnahmen und Investitionen bei vulnerablen Gruppen.
- Die Unterstützung durch den Fonds erfolgt **zusätzlich** zu anderen EU-Fonds, Programmen und Instrumenten.
- Die förderfähigen Maßnahmen und Instrumente sind in der Verordnung beschrieben. In **Klimasozialplänen** legen die Mitgliedsstaaten dar, welche Maßnahmen geplant sind. Die Auszahlung der Mittel erfolgt nach Erreichen der in den Klimasozialplänen beschriebenen Meilensteine. Deutschland muss **bis Mitte 2025** einen Klimasozialplan erstellen und einreichen.

Definition Energiearmut

Unter Energiearmut wird im weiten Sinne verstanden, dass Haushalte **nicht in der Lage sind, ihre Heiz- und Stromkosten zu begleichen**, ihre Wohnungen **angemessen zu heizen oder zu kühlen** oder/und **Einschränkungen beim Strom** für Grundbedürfnisse (Kochen, Waschen, Medien) vornehmen müssen.

⇒ Definitionen variieren stark von Land zu Land, DE hat keine „offizielle“ Definition

Energiearmut in Deutschland und der EU

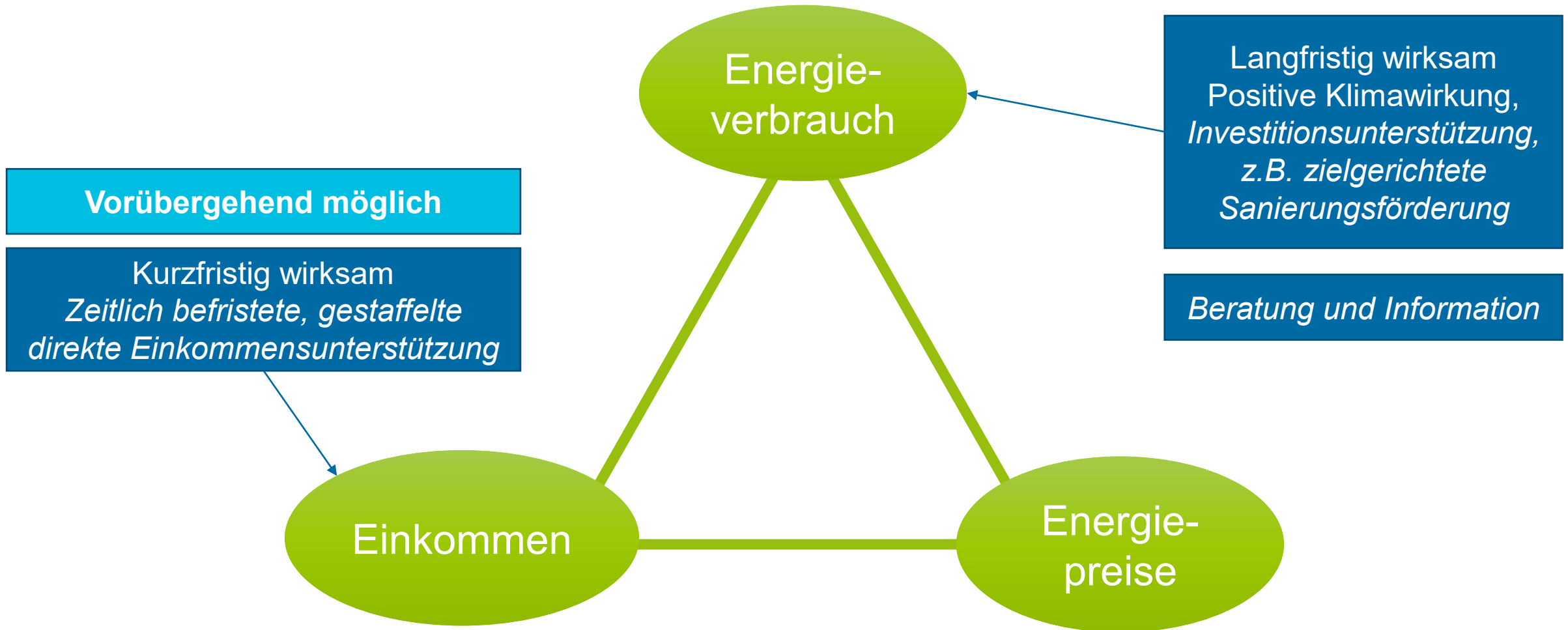


- Streuung zwischen den Indikatoren -> Unterschiedliche Aspekte beleuchtet
- Selbstberichtete Indikatoren in DE sind niedriger als einkommensbasierte Indikatoren

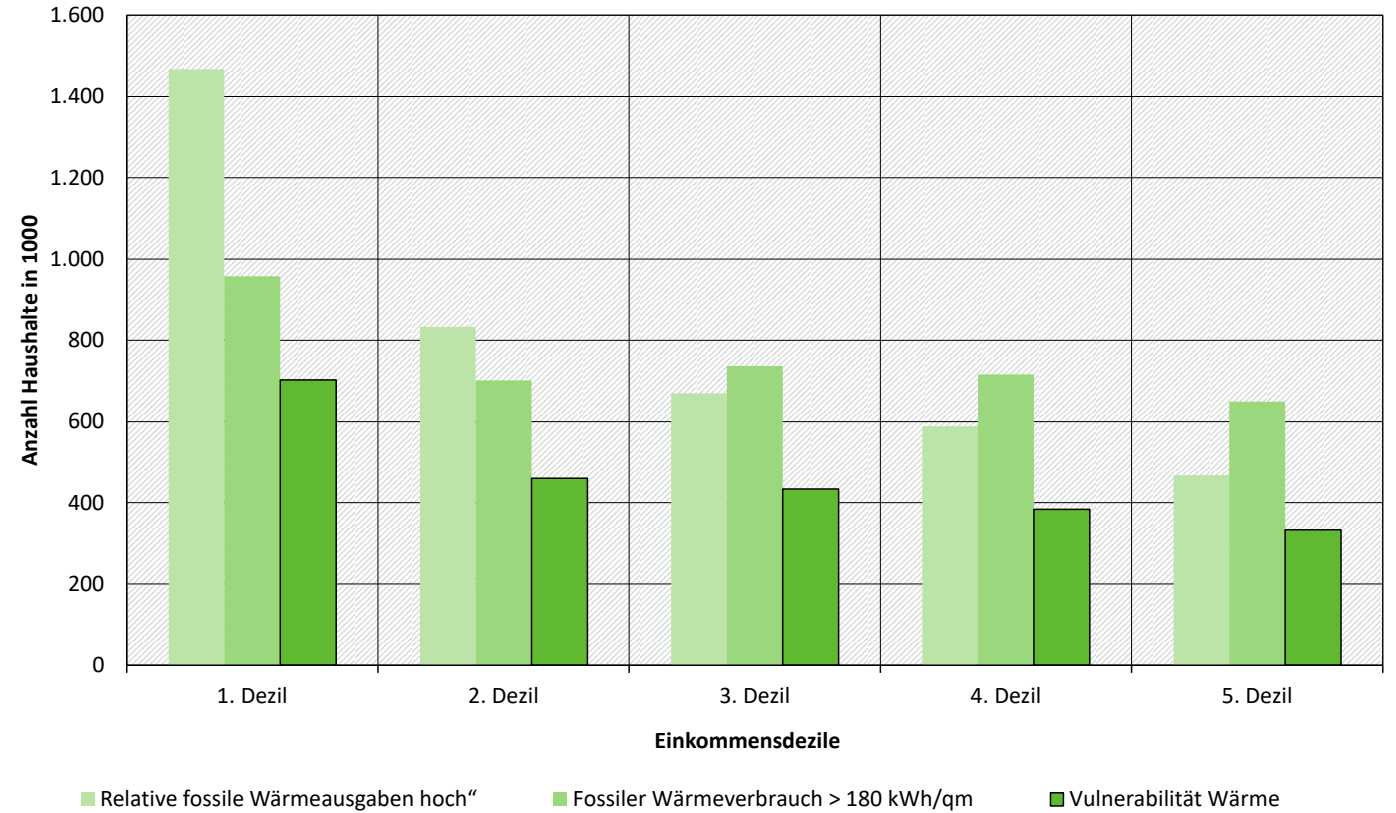
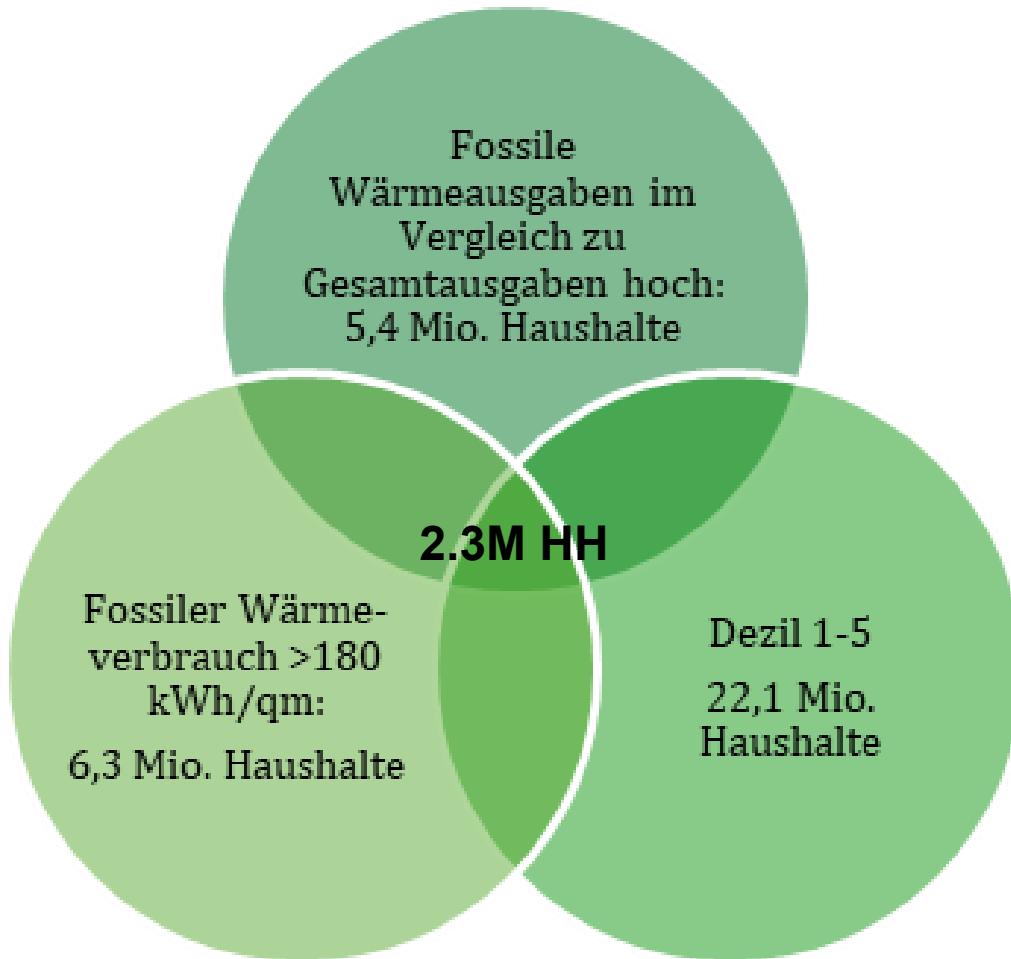
Vulnerabilität, Energie- und Mobilitätsarmut: Definitionen aus dem Klimasozialfonds

- **Artikel 2(1) „Energiearmut“** bezeichnet den fehlenden Zugang eines Haushalts zu essenziellen Energiedienstleistungen, die einen *angemessenen Lebens- und Gesundheitsstandard gewährleisten, einschließlich einer angemessenen Versorgung mit Wärme, Kälte und Beleuchtung sowie Energie für den Betrieb von Haushaltsgeräten*, im jeweiligen nationalen Kontext, unter Berücksichtigung der bestehenden sozialpolitischen und anderer einschlägiger Maßnahmen;
- **Artikel 2(10) „benachteiligte Haushalte“** von Energiearmut betroffene Haushalte oder Haushalte — einschließlich solcher *mit niedrigem Einkommen und mittlerem Einkommen im unteren Bereich* —, die stark von den *Preisauswirkungen* der Aufnahme der Treibhausgasemissionen von Gebäuden in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2003/87/EG betroffen sind und denen die *Mittel* für eine Renovierung des Gebäudes, das sie bewohnen, *fehlen*;
- **Artikel 2(2) „Mobilitätsarmut“** den Umstand, dass Einzelpersonen und Haushalte nicht in der Lage sind oder Schwierigkeiten dabei haben, die *Kosten für privaten oder öffentlichen Verkehr zu tragen*, oder dass sie *keinen oder nur beschränkten Zugang zu Verkehrsmitteln* haben, die für ihren Zugang zu grundlegenden sozioökonomischen Dienstleistungen und Tätigkeiten erforderlich sind, unter Berücksichtigung des nationalen und des räumlichen Kontexts;
- **Artikel 2(12) „benachteiligte Verkehrsnutzer“** von Mobilitätsarmut betroffene Einzelpersonen oder Haushalte, jedoch auch Einzelpersonen und Haushalte — einschließlich solcher mit *niedrigem Einkommen und mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich* —, die stark von den *Preisauswirkungen* der Aufnahme der Treibhausgasemissionen aus dem Straßenverkehr in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2003/87/EG betroffen sind und denen die *Mittel fehlen*, um emissionsfreie und emissionsarme Fahrzeuge zu erwerben oder auf alternative — auch öffentliche — nachhaltige Verkehrsmittel umzusteigen;

Ansatzpunkte des Klimasozialfonds



Kombinierter Indikator für Deutschland: Besondere Betroffenheit in Bezug auf CO₂-Bepreisung von Heizenergie



Hohe Wärmeausgaben: 2M-Indikator – Anteil der Wärmeausgaben mehr als zweimal die Medianausgaben (hier: nur fossile Energieausgaben)

Wahl der Indikatoren und Verwendungszweck



Wie viele (und welche)
Haushalte sind **betroffen**?

Wie viel **Geld** brauchen wir (um
Haushalte zu unterstützen)?

Wie können Haushalte ihren
„Vulnerabilitäts-Status“
nachweisen? (Praktikabilität)

Ansatzpunkte für sozialverträgliche Instrumente

Kurzfristig wirksam

- Transferleistungen (KdU, KdH, Wohngeld, Klimakomponente)
- Klimageld (Energiegeld)

Anpassung
verfügbares
Einkommen

Nachhaltig wirksam

- Heizen
- Wohnen
- Mobilität
- Haushaltsgeräte
-

Energie-
effizienz /
Erneuerbare
Energien

Ausgaben/Preise:
Energie, Miete

- Senkung EEG-Umlage
- Umlagen (CO₂-Preis, Sanierungskosten)

Sozialverträglicher
Klimaschutz

Senkung des
Energieverbrauchs

- Beratung
- Sozialer Wandel
- ...

Verhalten /
Nutzung



Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Einige der Studien des Öko-Instituts zum Thema

Studie (2023) „Wohn- und Energiekostenbelastung von Mietenden“ (Studie für den Deutschen Mieterbund)

Studie (2023): „Mehrfamilienhäuser: Der blinde Fleck der sozialen Wärmewende - Wie belastet sind Haushalte durch Wärmeenergiekosten und wie wirkt die Gas- und Wärmepreisbremse?“ (im Auftrag der RLS)

Studie (2022): „Wie wohnt Deutschland?“ (im Auftrag des BBSR)

Kurzstudie (2022) „Energetische Sanierung schützt Verbraucher*innen vor hohen Energiepreisen – Vorschläge für eine soziale Ausgestaltung der Förderung“ von Öko-Institut und Deutsche Umwelthilfe

Studie (2022): „Der Klima-Sozialfonds im Fit-for-55-Paket der europäischen Kommission – Definition und Quantifizierung vulnerabler Haushalte und notwendige Investitionsbedarfe“ (im Auftrag des Umweltbundesamtes)

Studie (2022): „Energiepreiskrise: Wie sozial und nachhaltig sind die Entlastungspakete der Bundesregierung?“ (im Auftrag des Umweltbundesamts)